

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Grotmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
folgt das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblanten 30 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbringen, die Schnelligkeit unserer telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes feuilletonische Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Brinckelohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatt auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermittelt.

Die Redaktion.

Deutschland.

△ Berlin, 27. Dezember. Der Kaiser empfing gestern die als Deputation zur Ueberreichung des Reichstagsbeschlusses an den Erzherzog Albrecht nach Wien abgehenden Offiziere, und zwar: den kommandierenden General des 8. Armee-Korps, Generaloberst von Vos, die Generale von Pfaffen und von Langenbeck und den Stabschefen von Wollte von deren Abreise.

Wie verlautet, wird der bayerische Divisionär von Berg den Kommandeur des 1. Armee-Korps, Prinzen Arnulf von Bayern, bei der kaiserlichen Neujahrsfeier in Berlin vertreten. Prinz Arnulf wird durch die Neujahrsfeier am bayerischen Hofe zurückgehalten. Prinz Leopold wird ebenfalls nicht nach Berlin kommen, da die General-Inspektion auf der Neujahrsfeier nicht teilnehmen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritte eine Verlängerung des handelspolitischen Provisoriums mit Spanien vorgeschlagen wird.

Der vorbestimmte Termin für das Inkrafttreten des deutsch-österreichischen Handelsvertrages ist mittelfristig Notenaustausch auf den 1. Januar k. J. festgelegt worden.

Vier Versammlungen mit der Tagesordnung: Der Vorkott der Charite und die Zentralisation der Krankenassen waren von sozialdemokratischer Seite auf heute Vormittag eintreten worden. Es wurde in denselben der Erfolg konstatirt, den die Sozialdemokraten bisher mit ihrem Vorkott über die Charite errungen.

Nach der „Deutschen Warte“ stehen die Verhandlungen mit Rußland vor günstigem Abschluß nach Neujahr.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin begaben sich am ersten Weihnachtstage um 10 Uhr Vormittags mit den drei ältesten kaiserlichen Prinzen nach der Friedenskirche zu Potsdam. Nach Beendigung des Gottesdienstes lehrten Ihre Majestäten mit den kaiserlichen Prinzen zu Fuß durch die Parkanlagen nach dem Neuen Palais zurück, woselbst um 1½ Uhr die Mittagstafel zu 18 Gedecken stattfand und zu welcher Ihre königliche Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich Karl, Ihre königlichen Hoheiten Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold, sowie der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern mit ihrem Gefolge geladen waren. Zu einem Weihnachtsbesuche waren im Neuen Palais auch die Prinzessin Viktoria Margarethe und der Prinz Friedrich Sigismund, Kinder Ihrer königlichen Hoheiten des Prinzen und der Frau Prinzessin Friedrich Leopold, erschienen. Am Nachmittage des ersten Weihnachtstages blieb Seine Majestät der Kaiser im Arbeitszimmer des Neuen Palais. Zur Abendstafel waren keine Einladungen ergangen.

Denne Vormittag arbeitete Se. Majestät der Kaiser von 8 Uhr früh ab allein und empfing von 9 Uhr ab den Chef des Geheimen Zivil-Kabinetts, Herr. Geh. Rath Dr. von Lucanus, zum Vortrage. Um 10½ Uhr fand sodann eine Jagd auf Fasanen und Hasen in der Umgebung des Neuen Palais statt. Es waren dazu der Chef des Militär-Kabinetts, General der Infanterie und General-Adjutant von Gabale, der Minister des königlichen Hauses, von Wedel, und der Kommandeur des Garde-Jäger-Bataillons, Oberstleutnant Graf von der Goltz, Altkaiserliche Beifolger. Die Frühstückstafel fand um 1½ Uhr im Neuen Palais statt.

Die Verlegung des kaiserlichen Hofes aus dem Neuen Palais nach Berlin, welche in früheren Jahren in den letzten Tagen des Monats Dezember zu erfolgen pflegte, wird erst im künftigen Jahre geschehen und zwar zwischen dem Neujahrsfest und dem Hofe und dem Krönungs- und Ordensfest; man sagt, am 17. Januar.

Als der Staatssekretär des Reichsschatz-amtes im Reichstage bei Besprechung des Checkstempels ausgesprochen, daß von dem „Check des armen Mannes“ doch nicht die Rede sein könne, hatte er nicht völlig richtig in Bezug auf unsere oppositionelle Presse gerechnet. Die „Freisinnige Zeitung“ bringt es wenigstens fertig, auch gegen diesen Steuervorschlag die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung ins Treffen zu führen. Sie stützt sich dabei wesentlich auf die Angaben eines Landauer Bankhauses über den dortigen Checkverkehr, welcher im Gegensatz zu den vom Grafen von Posadowsky mitgetheilten Angaben der Reichsbank darthut, daß der Check nicht sowohl dem Groß- als dem Kleinverkehr diene. Abgesehen davon, daß es sich hier um unbekannte Privatangaben handelt, während die Daten der Reichsbank amtlicher Natur sind, erhält aus jenen Zahlen nichts weniger, als daß der Check das Zahlungsmittel der breiten Schichten der Bevölkerung geworden ist. Denn unter 4553 Checks waren noch nicht 10 Prozent mit 10 Mark und nur etwas über 30 Prozent zwischen 20 und 100 Mark, der Rest darüber, rund 1000 Checks lauteten auf über mehr als 500 Mark, 54 über mehr als 5000 Mark. Auch diese Zahlen ergeben daher auf das hinweisende, daß der Check im wesentlichen Zahlungsmittel der wohlhabenden Minderheit ist und daß, wenn auch der Mittelstand daran theilhaftig ist, von einer Verdrängung der großen minderwohlhabenden Mehrheit nicht entfernt die Rede ist. Der Checkstempel erfüllt daher in ganz besonderem Maße die Anforderung der Schöpfung der breiten Schichten der Bevölkerung. Wollte man außerdem auch bei der wohlhabenden Minderheit der Bevölkerung gehörenden Mittelstand von der Beschaffung der notwendigen Mittel freilassen, so wäre man glücklich auf den sozialdemokratischen Standpunkt der Konfiskation der großen Einkommen und Vermögen gelangt. Selbst aber die „Freisinnige Zeitung“ scheint doch einzufehen, daß mit dem „Check des armen Mannes“ kein allgütiger Staat zu machen sei. Sie legt daher noch einen zweiten Pfeil auf ihre Schippe, daß nämlich der Checkstempel die Verbreitung und Entwicklung des Checkverkehrs hindern werde. Aber auch dieser Einwurf, welcher angeht auf der ungeliebten Möglichkeit des Checkverkehrs von großem Gewicht wäre, findet in den Erfahrungen anderer Länder keine Begründung. So ziemlich alle Kulturstaaten haben Transmissionssteuern dieser Art, ohne daß eine schädliche Einwirkung derselben auf die Entwicklung des Checkverkehrs wahrzunehmen wäre. Dies gilt insbesondere von England, wo die weitgehende Durchdringung des Checksystems sich mit einer Checksteuer wohl vereinbar erwiesen hat. Auch bei dieser Opposition gegen den Checkstempel handelt es sich um die thätigsten Unterlage entbehrende Scheingründe, um die einfache Verneinung einigermaßen zu bemitteln.

In industriellen und Handelskreisen wünscht man aus der Novelle zum Reichstempel-abzug Gesetz die Bestimmung beiseite zu legen, welche einer Landesbesetzung der Lieferungsverträge wieder Raum schaffen würde. Nachdem das Gesetz betreffend die Erhebung von Reichstempel-abgaben vom 1. Juli 1881 durch das Gesetz vom 20. Mai 1885 abgeändert war, wurde von der preussischen Steuerbehörde bekanntlich der Versuch gemacht, den erwähnten Landesstempel wieder einzuführen. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts mußte jedoch davon abgesehen werden. Diese Entscheidung des Reichsgerichts stützte sich hauptsächlich auf die der Tarifnummer 4 B folgende Anmerkung, welche lautet: „Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände über im Inlande von einem der Kontrahenten erzeugten oder bezogenen Mengen von Sachen oder Waaren sind steuerfrei.“ In der dem Reichstage vorliegenden Novelle zum Reichstempelabzuggesetz ist diese Anmerkung fortgelassen, dafür ist unter Nr. 2 der Befreiungen eine Bestimmung getroffen, nach welcher nur die Reichstempelabgabe nicht erhoben wird, falls die Waaren, welche Gegenstand eines nach 4 B stempelpflichtigen Geschäftes sind, von einem der Vertragsschließenden im Inlande erzeugt oder bezogen sind. In der Begründung zu dieser Bestimmung wird auch offen der Wunsch ausgesprochen, der Landesgesetzgebung bezüglich der Besteuerung dieser Verträge wiederum freie Hand zu geben. Wie wir hören, wird demnach eine Versammlung aus den industriellen und Handelskreisen in Berlin stattfinden, welche gegen diese Neuerung Stellung zu nehmen gedenkt.

An leitender Stelle bringt heute die „Nat.-Ztg.“ eine längere Anklage, betitelt: „Unter falscher Flagge.“

Der Versuch der „Kreuztg.“, den Erlaß vom 4. Januar 1882 als nicht auf Reichsangelegenheiten anwendbar darzustellen, weil man niemals wissen könne, ob nicht Preußen im Bundesrat überstimmt worden, ist überall als leere Sophistik zurückgewiesen worden. In einigen Blättern wird zum Ueberflus daran erinnert, daß gerade bei den Handelsverträgen Preußen überhaupt nicht überstimmt werden konnte, weil die Veränderung der Rolle zu den Angelegenheiten gehört, in denen der Präsidialstaat ein Veto hat, und ferner, daß es in dem Erlaß von 1882 sogar ausdrücklich heißt, wie in Preußen, so solle auch „in den gelegentlichen Abreden des Reichs“ das Recht der Krone zur Leitung der Regierungspolitik betont werden; aus diesem Rechte aber werden in dem Erlaß bekanntlich die später folgenden Vorschriften über das Verhalten der politischen Beamten hergeleitet. Es ist indeß unnötig, sich weiter bei jener Abnutztheit der „Kreuztg.“ aufzuhalten: ist sie doch nur der Ausdruck der Ratlosigkeit angesichts einer Maßregel, die man, so nahe sie auch lag, zu verheimlichen gehofft hatte.

Mehr, als von derartigen Anklagen-Kunststücken versprochen die agrar-demagogischen Führer sich ohne Zweifel von ihrem unvertretbaren Verhalten, die Verdrängung weißer Volkselemente für den Fürsten Bismarck in den Dienst der agrarischen reaktionären Bestrebungen zu ziehen. Nach jeder Möglichkeit wird es so dargestellt, als ob dieselben eigentlich den „alten Kurs“ repräsentirten, als ob dessen Fügung über der heutigen Politik der äußersten Rechten liege. Die vereinzelten Verdrängungspunkte, welche thatsächlich bestehen, sind

bekannt: Fürst Bismarck war ein Gegner der Verträge von 1892, der Herabsetzung des Getreidezollses von 5 auf 3,50 Mark; und an die persönlichen Gründe, die er hat, den Trägern des neuen Kurses nicht gewogen zu sein, braucht nicht ausdrücklich erinnert zu werden. Aber trotzdem kann es kaum eine halbfertige Entstellung geben, als die Gesamtheit der Bestrebungen, für welche die Opposition wider die Handelsverträge als Stummbock dient, für die alte Bismarck'sche Politik auszugeben. Diese ist von der natürlichen Äußersten Rechten, welche jetzt als ihre Fortsetzerin gelten möchte, von 1866 bis zum Eintritt des ersten Kurses auf fast allen Gebieten offen oder heimlich bekämpft worden; zu den seltenen Ausnahmen, wo die „Kreuztg.“-Konfessionen mit ihm aufrichtig zusammenwirkten, gehörte die Zollverbündung. Aber auch nach der Wendung, der Handelspolitik von 1879 trat der Gegensatz immer wieder hervor; und als Fürst Bismarck 1890 aus dem Amte ausschied, ist er von keiner Seite mit so „realpolitischen“ Gesinnungswelt als „gefallene Größe“ behandelt worden, wie von den Leuten, die jetzt mit seinem Ansehen „kämpfen“ möchten. Er selbst hat sich darüber früher unverblümt genug ausgesprochen.

Die Bismarck'sche Zollpolitik beruhte vor Allem auf dem Streben nach einem Ausgleich der Interessen von Industrie und Landwirtschaft; mit ihr können deshalb agrarische Forderungen nicht im Einklang stehen, denen industrielle Befürworter der Bismarck'schen Handelspolitik von 1879, wie Dr. Hammacher und Frhr. v. Stumm, zu widersprechen sich genötigt sehen. Die Bismarck'sche Politik nahm jedes Landesinteresse praktisch wahr, ohne sich an agitatorisch vertretene Doktrinen zu lehnen; das Gegenteil würde geschehen, wenn man lediglich zu Ehren einer prinzipiellen Oppositionsstellung, ohne der Landwirtschaft zugunsten zu stehen, die Industrie schädigte. Die Bismarck'sche Politik war auf die möglichste Ausgleichung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze gerichtet; noch in den letzten Jahren seiner Amtsführung ließ Fürst Bismarck mit den Verhältnissen der sogenannten Freiheit und Selbstständigkeit der evangelischen Kirche, d. h. der kirchlichen Ausübung der Befreiungssuche, hart zusammenstoßen; parteipolitisch äußerte seine Ausnahmeweise sich in der steten Förderung der Zusammenwirkens der Mittelparteien und der agrarischen Konfessionen. Das Streben der agrar-demagogischen Führer aber, worin der Kampf um 1,50 Mark Getreidezoll-Differenz an einen Grenzstreifen nur eine Episode, zum Theil sogar nur Vorwand und Mittel zum Zweck ist, geht auf die Niederkämpfung aller gemäßigten Elemente in Staat und Kirche. Wenn dabei die Fügung des „alten Kurses“ geschieht, so geschieht es beizug der Täuschung dummer Anhänger desselben; es wird unter falscher Flagge geführt.

Eine von der Presse mehrfach übernommene Notiz der „Freisinnigen Zeitung“ über das angebliche Ergebnis der Staatskommissionen-Veranlagung in Berlin für 1894-95 erweist sich bei näherer Betrachtung als von Anfang bis zu Ende falsch.

Die Veranlagung für die Staatseinkommensteuer für 1894-95 hat noch gar nicht stattgefunden. Die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen läuft erst am 20. Januar nächsten Jahres ab. Erst nach Prüfung und event. Nichtigstellung dieser Erklärungen aber kann das Veranlagungsgeschäft selbst stattfinden. Da die Veranlagung noch nicht stattgefunden hat, kann sie auch keinen Widerspruch von einer halben Million geliefert haben.

Wenn dies aber auch der Fall wäre, so wäre daraus noch nicht entfernt der weitere Schluß zu ziehen, daß das Einkommen der Bürgerchaft um 17-20 Millionen Mark gegen das Vorjahr gesunken sei. Denn es wird, abgesehen von festen Einkommen aus Gehalt u. s. w., nicht ein Jahres-einkommen, sondern der Durchschnitt des Einkommens der drei letzten Jahre verneuert. Deshalb kann aus einer Differenz der Einkommensteuer keineswegs ohne Weiteres auf eine gleiche Veränderung des Einkommens seit der letzten Veranlagung geschlossen werden, vielmehr kann eine solche sehr wohl auf eine Verminderung des Einkommens in einem weiter zurückliegenden Zeitabschnitte zurückzuführen sein. Wenn, wie bemerkt, anzunehmen, die Angabe sich nicht auf die Veranlagung für 1894-95, sondern für 1893-94 bezieht, so würde der Rückgang der Einkommensteuer im Wesentlichen daher kommen, daß in den der Veranlagung für 1893-94 zu Grunde zu legenden Zeitabschnitt noch ein Theil der Jahre kommerziellen und industriellen Aufschwungs fällt, welche der jetzigen Periode der Depression vorausgingen, während das für 1893-94 maßgebende Triennium schon zum größten Theile in die letztere fällt.

Dann aber handelt es sich auch keineswegs allein um das Einkommen der Bürgerchaft; gerade in Berlin fällt die Einkommensteuer der Aktien- und sonstigen Gesellschaften stark ins Gewicht. Auf diese kommt sicher ein großer Theil des Ausfalls; er wird hier verhältnismäßig um so größer sein, als bei ihnen nur der 1/2 Prozent übersteigende Theil des Einkommens steuerpflichtig ist, mithin ein Rückgang des Ertrages eine verhältnismäßig stärkere Verminderung des steuerpflichtigen Einkommens in sich schließt.

Wenn schließlich an die von Anfang bis zu Ende von seltener Sachkenntnis feldens des Euzen Richterischen Organs zugehende Notiz, die pathetische Phrase geknüpft wird: „und angesichts solcher allgemeinen Verhältnisse verlangt man noch nach neuen Steuern, deren Betrag auch wiederum mit einem Duzend Millionen auf Berlin entfallen würde!“, so weiß Jedermann, der nicht schwindeln will, daß der sich nicht beschwindeln läßt, daß es sich in der Hauptsache um die Mittel zur Deckung nothwendiger Ausgaben handelt, und daß nur die Wahl zwischen neuen Reichs- oder neuen Landessteuern bleibt. Da gerade Berlin bei Aufbringung des Bedarfs im Wege des Zuschlags zur Einkommensteuer glänzend fahren würde, als bei den vorgeschlagenen Reichssteuern, ist mindestens sehr fraglich.

Bei der in einigen Blättern erwähnten und für die nächste Landtagsession bevorstehenden Eisenbahnvorlage handelt es sich lediglich um die alljährlich eingebrachte sogenannte Eisenbahnvorlage. Wenn ferner mitgeteilt wird, daß in dieser Vorlage auch die Anlage von Kleinbahnen gefordert werden würde, so zeigt dieser Umstand, daß der Verfasser Mittheilung von dem Inhalte und dem Geiste des Kleinbahngesetzes keine Abnung hat. Selbstverständlich

werden in der betreffenden Vorlage außer Forderungen zur Beschaffung von Betriebsmitteln nur solche zur Herstellung von Nebenbahnen enthalten sein. Wie wir hören, werden die gesammelten Forderungen diesmal etwas größer sein als in den letzten Jahren.

Am vorigen Freitag hielt die Antwerpener Handelskammer eine außerordentliche Generalversammlung ab, auf deren Tagesordnung die Frage der Antwerpener Hafengehörigkeit stand. Die unter dem Vorsitz des Handelskammerpräsidenten Kasteelot tagende Versammlung war äußerst zahlreich besucht und nahm einen ziemlich bewegten Verlauf. Nach langer und eingehender Verhandlung einigte man sich über eine Resolution des Inhalts, daß, um den Verfall des Verkehrs im Antwerpener Hafen hintanzuhalten, die Aufhebung der Verdrängungs- und Kanalgebühren, eine beträchtliche Ermäßigung der Platzgebühren, sowie der Bootgebühren notwendig sei; ferner müßten diejenigen Arbeiten vorgenommen werden, welche bewirken, daß das Fahrwasser der Schelde auch für die größten Schiffe passierbar sei, selbst zur Zeit des Eisganges, und endlich sei es notwendig, für die Abstellung der Dampfschiffe zu sorgen, von denen der Hafen von Tonnagen zum Nachtheil der belgischen Häfen profitirt. Des Weiteren sprach die Handelskammer noch den Wunsch nach einer sofortigen Aufhebung von Unterhandlungen zwischen Belgien und Holland wegen Ermäßigung der Koostgebühren aus.

Das russische Finanzministerium wird, wie wir der „Nowoje Wremja“ entnehmen, demnächst Bestimmung zu treffen haben über die Dauer des Arbeitstages in den Fabriken. Das Gesetz enthält keine Bestimmung darüber, in Folge dessen haben die Kapitalisten eine tägliche Arbeitsdauer von 13-14, mitunter auch mehr Stunden festgesetzt, indem sie vor der Veranlagung ausgehen, daß sie gleichwohl dazu berechtigt seien. Für Handwerksbetriebe existiren bereits gesetzliche Bestimmungen über die Dauer des Arbeitstages, ohne daß jedoch eine genaue gesetzliche Scheidung gezogen wäre zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieben. Dieser Umstand, und speziell der Zweifel, zu welcher Art von Betrieben eine Fabrikmanufaktur zu rechnen sei, hat bisher dazu gegeben, daß das Finanzministerium jetzt der Frage des Arbeitstages in den Fabriken näher getreten ist.

Die soeben erschienene (Januar-) Nummer der im Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen Zeitschrift für Kleinbahnen zeichnet sich ebenfalls durch die Reichhaltigkeit als sorgfältige Sichtung des gegebenen Materials aus. Der Inhalt gliedert sich in einen, den Stoff in Form selbstständiger Aufsätze und Abhandlungen erörternden Theil, in Mittheilungen aus dem Gebiete der einschlägigen Gesetzgebung, in kleine Mittheilungen betreffend den Stand und die Entwicklung des Kleinbahnwesens, endlich Bücher- und Zeitschriftenkritik. Es entspricht diese Anordnung durchaus dem Zweck der Zeitschrift, allseitige Auskunft über den Stand der Kleinbahnunternehmungen, deren Begründung, Finanzierung, Einrichtungen, Betriebe und das für sie geltende Recht zu geben. In Aussicht gestellt werden fortlaufende Uebersichten über die Genehmigungen und Unternehmungen von Kleinbahnen, ihre finanzielle Grundlage, die Bahnlinie, Bau- und Betriebsart, Konstitution von allgemeinem Interesse, wichtige richterliche und sonstige Entscheidungen, auch Betriebsberichte von Kleinbahnunternehmungen.

Kiel, 27. Dezember. Lieutenant zur See Graf Alexander Monts, erster Offizier der in Westafrika befindlichen „Diana“, ist vorgestern am Malariafieber gestorben.

Karlsruhe, 27. Dezember. Hofopern-Direktor Wolff ist zum General-Musikdirektor ernannt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. Dezember. Am Weihnachtstage hat sich hier Lieutenant Graf Louis Hordetz wegen drückender Schulden erschossen.

Ein junger Steuereinsammler Namens Deinger ist beim Bestreigen der Kanäle ertrunken.

In Pest wurde an der Donauabmündung die Leiche des Grafen Joan Somlyi gefunden; derselbe war der Erbe eines großen Vermögens und war in den letzten Jahren auch Abgeordneter. Durch familiengewöhnliche Samir er immer tiefer herunter. Einige Zeit war er auch Wundarzt. Später ergab er sich dem Rummel und dem Lottospiel; wahrscheinlich ist er in trunkenem Zustand gestürzt und hat so im Tode geendet.

Brag, 27. Dezember. Die altchristlichen Mäurer besprechen die Erneuerung des Hauptkubmachers Wroa und machen für dieselbe die jugendliche Agitation verantwortlich, welche, wie „Das Narod“ bemerkt, die ganze Nation verhetzt, alle Autorität vernichtet, die Gemüther verwildert und das ganze öffentliche Leben demoralisirt habe; es werde nunmehr schwer fallen, die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu veranlassen.

Frankreich.

Paris, 27. Dezember. Bei den gestern bei der Mutter des Anarchisten Collas vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche wichtige Schriftstücke beschlagnahmt, welche beweisen, daß die Frau Collas mit der Anarchistenbande in Orleans in enger Verbindung stand.

Italien.

Rom, 26. Dezember. König Humbert empfing heute den deutschen Botschafter Grafen zu Solms-Sonnenwalde in Abschiedsaudienz.

Vor der in Pescara stattgehabten Kundgebung hatten die Arbeitervereine telegraphisch die Intervention des Ministerpräsidenten Crispi erbeten. Crispi antwortete, er beschlagnahmt, den gesetzlichen Forderungen des Volkes zu entsprechen, und bitte die Arbeitervereine, die Arbeiter zu bewegen, zur Ordnung zurückzukehren und jede Provokation zurückzuweisen. Die Arbeitervereine von Pescara antworteten Crispi, sie ließen kein Telegramm, durch welches die Ruhe wieder hergestellt sei, öffentlich anschlagen und sprachen das Vertrauen aus, Crispi werde für die Arbeiterflaffen sorgen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 27. Dezember. Der Prozeß gegen die Anarchisten, welche des im vergangenen Jahre unternommenen Versuchs, die Deputirtenkammer in die Luft zu sprengen, angeklagt sind, beginnt heute.

Der Anarchist Ruggieri ist in die Festung Montjuich bei Barcelona abgeführt worden. Die gleichfalls in Haft befindlichen Anarchisten Bernat, Ciarol, Codina und Ceraquelo haben ihre Theilnahme an dem Attentat im Teatro del Liceo eingestanden.

Großbritannien und Irland.

London, 27. Dezember. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Johannesburg, daß gestern im Witwaters Rand ein erster Zusammenstoß zwischen Eingeborenen und Minenarbeitern stattfand; mit Knütteln, Steinen und Lanzen gingen die Kämpfenden so heftig auf einander los, daß etwa hundert Verwundungen vorfielen. Die Meuteer plünderten ein Vorrathshaus; schließlich trieb sie die Polizei auseinander.

Serbien.

Belgrad, 26. Dezember. Der Staatsgerichtshof beschloß die Einbringung Ribarac's gemäß, Dufmanisch aus dem Staatsgerichtshof auszuschließen und ein Ergänzungsbegehren einzubringen. Hieran wurden die Vertheilungsbefehle der Angeklagten verlesen. Morgen findet die Verlesung der im Juli von den Angeklagten der Slupschina eingebrachten Vertheilungsbefehle statt.

Belgrad, 27. Dezember. Prozeß Awafumowisch. Vor dem Staatsgerichtshof erschien heute auch der angeklagte frühere Handelsminister Awafumowisch. In der heutigen Sitzung wurde die von Ribarac in der Slupschina gebaltene Vertheilungsbefehle verlesen.

Bulgarien.

Sofia, 26. Dezember. Die Sobranie nahm durch Akklamation die Anträge der Regierung an, durch welche der Witwe und den Kindern des Grafen Hartman eine Jahrespension von 40 000 Franks gewährt wird. Der feierliche Schluß der Session findet am Sonntag statt.

Amerika.

Montevideo, 26. Dezember. In Cerro hat die Explosion einer Pulvermühle stattgefunden, wodurch erheblicher Schaden verursacht wurde.

Das Kyffhäuser-Denkmal.

Wie bereits mitgeteilt, veranstaltet der VI. Bezirk (Stettin-Pommern) des deutschen Reichsbundes am 18. Januar im großen Saale des Konzerthauses ein großes Vokal- und Instrumentalkonzert zum Besten des Kaiser Wilhelm-Denkmal's auf dem Kyffhäuser. Dieses Denkmal wird bekanntlich von den sämtlichen Kaisererben Deutschlands dem Ansehen des Begründers des neuen deutschen Reiches, weiland Seiner Majestät Kaiser Wilhelm I., errichtet und sind bereits namhafte Beträge aus allen Theilen des Reiches für dasselbe eingezahlt.

Die gesammelten Einnahmen (an Beiträgen, Einnahmen aus Unternehmungen des Ausfusses, Zinsen) betragen bis zum 1. Oktober 556 000 Mark, die Ausgaben bis dahin rund 431 000 Mark, so daß ein Bestand von rund 125 000 Mark noch vorhanden ist. Hierzu kommen noch etwa 20 000 Mark, die in den Kaiserlichen Landesverbänden lagern, so daß zur Zeit etwa 145 000 Mark für Bauzwecke zur Verfügung stehen. In der Kassenanlage von 800 000 Mark fehlen zur Zeit noch rund 225 000 Mark.

Beträchtliche Einnahmen sind dem Denkmal-fonds bereits aus den Erträgen von Konzerten, Theateraufführungen und dergleichen erwachsen, welche von Verbänden, Vereinen und einzelnen Personen zum Besten des Denkmal's verauslagt worden sind, darunter vom Stettiner Verband 2850 Mark. Das Denkmal ist auf der Stelle errichtet, mit welcher die Sage das Selbne des Volkes nach neuer deutscher Macht und Herrlichkeit verknüpft hat, geweiht dem fürstlichen Herrn, der die Sage erfüllt hat, und errichtet von Kaiser Wilhelm's Veteranen, mit denen er das Große vollbracht, ist das Kyffhäuser-Denkmal so recht eigentlich das Symbol des neuen deutschen Reiches.

Ueber das Denkmal selbst sind folgende Angaben von Interesse: Dasselbe erhebt sich mitten aus den Ruinen der alten Kyffhäuserburg; es wird an Stelle der mittleren Burg erbaut, von welcher bei Beginn des Denkmalbaues noch mancherlei Reste vorhanden waren. Das Gelände fällt hier ziemlich steil von Westen nach Osten ab. Der geniale Erbauer des Denkmal's, Architekt Bruno Schmitz in Berlin, hat diese unglücklichen Terrainverhältnisse durch einen großartigen Terrassenbau geschickt zu benutzen verstanden. An der untersten Stelle ist das Gelände durch eine mächtige, stellenweise bis zu 12 Meter hohe Ringmauer abgegrenzt worden. Hierdurch und durch Aufstellung und Einbauung des Bodens ist ein halbkreisförmiger Platz (für Festen geeignet) geschaffen worden, der ca. 20 000 Personen faßt. Von dieser unteren Terrasse steigt man auf breiten Freitreppen zur Mittelterrasse empor, die Mauerwerkserheben sich unmittelbar auf dem Felsen des Kyffhäuserberges und scheinen mit demselben verwachsen. Diese Mittelterrasse umgibt den unterirdischen Schloßhof, der mit Hallen umschlossen ist, das Gemach Barbarellas, in dessen Mitte das Sinnbild des fagenhaften Kaisers stehen soll, an den Felsen gelebt und aus dem Felsen herausgewachsen. Von der Mittelterrasse steigt man zur Hochterrasse hinauf, dessen Mauern aus gewaltigen Felsblöcken zusammengefügt sind. Aus der Hochterrasse heraus erhebt sich endlich der dem neuen Reich geweihte Thurm von 65 Meter Höhe, an der Grundmauer mehr als 20 Meter im Quadrat, nach oben sich verjüngend, trotz seiner gewaltigen Dimensionen schlank aussehend, oben mit der Kaiserkrone gekrönt.

Ungefähr in ein Drittel der Thurmhöhe tritt aus einer halbkreisförmigen Nische heraus, links rechts über dem Barbarellas, das Reiterstandbild Kaiser Wilhelm's I. Dieser wichtige Theil des Denkmal's wird aus den berühmten Händen des Bildhauers Professor C. Hündler in Charlottenburg hervorgehen. Die Art, wie der Künstler seine Aufgabe aufgefaßt hat, giebt in der glücklichsten Weise das Schlichte und Große Wesen des entschlafenen Heilsherrn wieder, sie entspricht aber auch gleichzeitig der Eigenart und den gewaltigen Dimensionen des Denkmal's und den Absichten seiner Erbauer. Der Kaiser sitzt in ruhiger, edler Haltung, in einfacher Kampfuniform zu Pferde; ihm zu Füßen liegt an der anderen Seite eine Frauengestalt, die Geschichte darstellt, gleichfalls in kriegerischer Tracht, zu

